

Für Frieden und Freiheit

**Gedenkveranstaltung der Flensburger Ratsversammlung am 04.09.2008 im
Rückblick auf die NS-Gleichschaltung vor 75 Jahren im Frühsommer 1933**

Bürgerhalle/ Dr. Schwensen

Herr Stadtpräsident,

verehrte Mitglieder unserer Flensburger Ratsversammlung,

sehr geehrte, liebe Gäste,

Viele von uns haben vor 3 Jahren den Film

**„Der Untergang“ über die letzten Tage des NS-Regimes
gesehen.**

Wir waren beeindruckt von der schauspielerischen

Leistung eines Bruno Ganz oder Ulrich Matthes.

Und auch die dramatischen Bilderszenen des Films

haben ihre Wirkung auf uns,

wie auf die Millionen anderen Zuschauer,

nicht verfehlt.

**Aber, meine Damen und Herren,
aus wissenschaftlicher Sicht transportierte jener Film
mit seinen wirkungsmächtigen Bildern eine
historisch und politisch fatale Botschaft.**

**Denn er zeigt - und deutet damit - den deutschen Unter-
gang nahezu ausschließlich als militärischen Zusammen-
bruch in Verbindung mit dem Tod der führenden NS-
Repräsentanten.**

**Nichts aber, meine Damen und Herren, ist weiter von der
Wahrheit entfernt.**

**Der deutsche Untergang vollzog sich nicht
als kurzzeitiges Aufflammen im Frühjahr 1945.**

**Bei genauerer Betrachtung offenbart er sich vielmehr
als ein langwährender, soziopathologischer Prozess,
der deutlich vor 1933 beginnt,
und 1945 auch nicht abrupt endet.**

**Sein Verlauf ist bestimmt
zunächst von Demokratieverachtung,
sodann Freiheitspreisgabe,
anschließender Verrohung,
und letztendlich enthemmter Gewalt –**

**Das totalitäre Fieber entspringt aus
wirtschaftlicher Angst,
tiefsitzendem Untertanengeist,
gemeinem Neid und Hass
und gewaltbereiter Dumpfheit,**

Es wirkt, auch in Flensburg, epidemisch,¹

es wirkt, auch in Flensburg, für viele Mitbürger tödlich,²

und es wirkt, auch in Flensburg, lange nach.³

Gewiss - dies ist Geschichte.

Längst vorbei.

Abgehakt.

Bei uns doch nicht.

Alles im Griff.

Ach, ja?

Wirtschaftliche Not – abgehakt?

Demokratieverachtung – alles im Griff?

Neid und Haß – längst vorbei?

Gewalttätige Dumpfheit - bei uns doch nicht?

Meine Damen und Herren,

Wir könne es drehen und wenden wie wir wollen:

Als gesellschafts-verantwortlich Handelnde

Stehen wir - heute und in Zukunft -

unverändert in der Pflicht

zur aktiven Wahrung von

Demokratie, Recht und Freiheit.

Wer aber den Anfängen wehren will,

der muss das frühe Abirren erkennen können.

**Begeben wir uns daher zurück
in die Frühzeit jenes deutschen Untergangs,
spüren wir nach den Weichenstellungen
in die NS-Diktatur,
und erinnern wir uns dabei
jener Flensburger Frauen und Männer,
die damals gegen ihren politischen Widerstand
ihr demokratisch legitimiertes Ratsmandat einbüßten.**

Meine Damen und Herren,

am Anfang

steht das Ende

der letzten Mehrheitsregierung der Weimarer Republik,

steht - im Frühjahr 1930 - der Zerfall

einer Großen Koalition unter Führung

des sozialdemokratischen Reichskanzlers Müller.⁴

Im März 1930 war die Arbeitslosenzahl im Reich infolge der Weltwirtschaftskrise auf 3 Millionen angestiegen.

Die Mittel der erst 1927 eingeführten Arbeitslosenversicherung waren rasch verbraucht. SPD und Gewerkschaften forderten daher Beitragserhöhungen und staatliche Sicherungsleistungen.

Die DVP als unternehmernaher Koalitionspartner beharrte jedoch auf Leistungskürzungen und Fürsorgeabbau.

**Trotz dieser,
für das Demokratievertrauen der Bevölkerung
und damit für das Wohl und Wehe der jungen Republik
doch so entscheidenden Herausforderung
fand die Mehrheitskoalition
nicht zum politischen Kompromiss.**

Die Regierung Müller trat zurück.

**Damit lag das weitere Schicksal der Republik in den Hän-
den des greisen Reichspräsidenten von Hindenburg –
faktisch aber wurden die Geschicke nun
von einer antidemokratischen Kamarilla bestimmt,
die einen autoritären Ständestaat anstrebte.**

**Der neuberufene DVP-Kanzler Brüning war fortan von der
präsidialen Rückendeckung abhängig. Und dessen Macht-
mittel der „Notverordnung“ etablierte nun die regelmäßige
Durchsetzung von Regierungsentscheidungen auch ohne
Parlamentsmehrheit.**

Diese autoritäre Wende und der damit einhergehende Demokratieverlust fanden im Juli 1932 ihre Fortsetzung auf Länderebene. Hindenburg ersetzte auch in Preußen die sozialdemokratische Regierung durch einen Reichskommissar aus seinem reaktionären Umfeld, den Nationalkonservativen von Papen.

Durchaus absichtsvoll wurde so in der späten Weimarer Republik - noch deutlich vor Hitlers Machtübernahme – das politische Leitbild eines über dem „Parteiengozänk“ stehenden, autokratisch von der Spitze her führenden „starken Mannes“ installiert, -

- und damit eine tief in der deutschen Sozialgeschichte wurzelnde, autoritäre Disposition fahrlässig wiederbelebt.⁵

Dieser Sündenfall gebar rasch eine unkontrollierbare Eigendynamik, als die ständisch-elitären Kräfte bei der Bekämpfung der rasant steigenden Massenarbeitslosigkeit hilflos scheiterten.

Angesichts bald über 6 Millionen Erwerbsloser mutierte die reaktionäre Wende zum radikalen faschistischen Flächenbrand.

Dies galt im Reich, und dies galt auch in Flensburg.

Tatsächlich stellt unsere Stadt

beim Blick auf Werden und Wirken der NS-Diktatur

keine Ausnahme dar.

Alles, was anderenorts geschah, geschah auch hier.

Dies festzustellen, meine Damen und Herren,

bedeutet keinerlei Nestbeschmutzung,

sondern ist schlicht historische Tatsache.⁶

Gerade deshalb aber bietet unsere Stadtgeschichte

auch wichtige Erkenntnishilfen.

Nutzen wir also diese Möglichkeit:

Im Jahr 1929, vor Einsetzen der Weltwirtschaftskrise, zählte Flensburg mit seinen damals 66.000 Einwohnern⁷ 2.700 Arbeitslose und damit eine Erwerbslosenquote von ca. 10%.⁸

Nicht einmal vier Jahre später, im Januar 1933, zeigt sich eine dramatisch veränderte Situation:

Der wirtschaftliche Einbruch hat auch Flensburg schwer getroffen,

die Werft ist geschlossen

und mit ihr liegen ganze Industrie- und Gewerbebezweige darnieder.⁹

Die Arbeitslosenzahl explodiert auf über 8.900, entsprechend einer Quote von nun fast 30%.¹⁰

Die meisten dieser Erwerbslosen sind alleinverdienende Familienväter. Die Hälfte der damaligen Stadtbevölkerung muss daher als notleidend erachtet werden.

Parallel dazu

radikalisiert sich auch hier

die politische Lage.

**Die Flensburger NSDAP steigert ihre Wählerschaft von
1.000 Stimmen im Jahr 1929,**

auf über 17.000 Stimmen Mitte 1932.¹¹

Hitler hält am 23. April '32 eine Rede im Flensburger

Stadion – vor 45.000 ! Zuhörern.¹²

**Aber auch die hiesige KPD verdoppelt ihr Ergebnis auf
3.700 Stimmen.**

**Damit repräsentieren nun beide extremistischen Gruppierungen
zusammengenommen die Flensburger Wähler-
mehrheit.¹³**

Meine Damen und Herren, halten wir fest:

- **Der Weimarer Demokratie büßt in Folge der eingeleiteten reaktionären Wende auch in Flensburg binnen kürzester Zeit ihre vormalige Mehrheits-Akzeptanz ein,**

- **die Massenarbeitslosigkeit entfesselt sodann auch hier vor allem rechtsextreme Politikkonzepte,**

- **und all dies erfolgt, auch in Flensburg, schon deutlich vor Hitlers Kanzlerschaft.**

**So kommt der NS-Staat 1933 über breite Wege
und weit geöffnete Tore in unsere Stadt.**

**Nach der Machtübertragung auf Hitler am 30. Januar 1933
ziehen noch am gleichen Abend die Flensburger NS-
Verbände in langen Marschsäulen triumphierend durch
Stadt. Spontane Gegendemonstrationen im proletarischen
Norden und im Hafenbereich werden polizeilich auseinan-
dergeknüppelt.¹⁴**

Sogleich setzen auch hier Drangsalierung, Verfolgung und Verhaftung der politischen Gegner von KPD, SAP, SPD und Gewerkschaften ein.¹⁵

Am 4. Februar schafft die „Notverordnung zum Schutz des Deutschen Volkes“ ein scheinlegales Eingriffsrecht gegen unliebsame Versammlungen oder Druckschriften.

Am 22. Februar werden SA, SS und Stahlhelm den Ortspolizeien als „Hilfstruppe“ zugeordnet.

Zugleich wird den Polizeikräften ein „rücksichtsloser Schußwaffengebrauch“ eingeschärft.

Und es kommt, wie es kommen soll: am 25. Februar 1933 wird in Harrisleefeld der Sozialdemokrat Julius Zehr vom SA Mann Gerhard Molzen auf offener Straße erschossen –

näürlich aus Notwehr, - wie die Gerichte rasch feststellen.

Der Reichstagsbrand, sogleich der KPD zugeschoben und als „kommunistischer Aufstand“ instrumentalisiert, bringt am 28. Februar die

„Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“.

Sie setzt, mitten im Wahlkampf zum Reichs- und Landtag am 5. März sowie zum Stadtparlament am 12. März,

sämtliche Grundrechte außer Kraft,

hebt die Meinungs-, Presse- und Vereinsfreiheit auf,

ebenso das Post- und Fernmeldegeheimnis,

Polizeiliche Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Eigentums-Einziehungen erfolgen nun ohne Nennung von Gründen.

Trotz dieser massiven Einschränkungen stellen sich am 12. März 1933 nochmals acht Parteien zur Flensburger Kommunalwahl.¹⁶

Fünf von ihnen erhalten genügend Stimmen für den Einzug in die 45-köpfige „Stadtverordnetenversammlung“, wie damals die heutige Ratsversammlung genannt wurde.

Die neue Mandatsverteilung¹⁷ widerspiegelt die weitfortgeschrittene Radikalisierung zugunsten der NSDAP: statt nur eines Sitzes bei den Kommunalwahlen 1929 zählt die NS-Fraktion nun 21 Mandate.

Gleichzeitig schrumpft die bürgerliche Fraktion – zusammengefasst im sog. „Nationalen Flensburg-Block“-kurz NFB, von 24 auf 9 Abgeordnete.

Aber auch die SPD verringert sich von zuvor 14 auf nurmehr 9 Sitze.

**Hingegen kann der minderheitendänische
Slesvigsk Forening, kurz SF,
seine 4 Mandate halten.**

**Gleiches gilt für massiv verfolgte, faktisch seit dem 8. März
verbotene KPD, welche nochmals zwei Sitze erringt.**

Auf den ersten Blick: - ein Erdrutschsieg für die NSDAP,

auf den zweiten Blick aber:

nicht deren Mehrheit im Stadtparlament.

**Ein, aus Sicht der NS-Fraktion zwar ein ärgerlicher,
aber, wie sich rasch zeigen soll, reparabler Umstand.**

**Tatsächlich wird der NS-Staat,
im Reich und so auch in Flensburg
binnen weniger Monate jedwede Opposition ausschalten.**

**Schauen wir daher näher auf das weitere Schicksal
der übrigen Ratsparteien.**

**Als erstes trifft es die,
von den Nationalsozialisten verhaßten,
aber auch gefürchteten Kommunisten.¹⁸**

Die hiesige KPD war schon am 31. Januar 1933 den Flensburger Nationalsozialisten offen entgegengetreten.

Als Antwort auf den vortägigen NS-Siegesmarsch durch die Stadt, brachten KPD und SAP immerhin 1.500 Menschen im Protest gegen die Hitler-Regierung auf Flensburgs Straßen.

Ein ebenfalls proklamierter Generalstreik für alle Flensburger Betriebe blieb jedoch ohne Echo.

Zu tief waren

nach den früheren KP-Schmähungen der SPD und Gewerkschaften als „Sozialfaschisten“

die Gräben im linken Lager.

Die über Spitzel bestens informierte Polizei reagiert umgehend.

Am 1. Februar schließt sie das Flensburger KPD-Büro in der Großen Straße 15 und verhaftet binnen weniger Tage zwei Dutzend Flensburger Kommunisten.

Mit der „Reichstagsbrandverordnung“ folgt vom 8. März faktisch das reichsweite Verbot der KPD.

Sämtliche ihrer Parlamentsmandate werden für nichtig erklärt und die Kader zur Fahndung ausgeschrieben.

Dies betrifft auch die beiden KPD-Kandidaten für die Flensburger Kommunalwahl,¹⁹ den angestellten Parteisekretär Oskar Reinke²⁰ und den Arbeiter Erwin Rapp.

Derart in die Illegalität gedrängt, erlangte die Flensburger KPD am 12. März 1933 gleichwohl 2.000 Stimmen, und damit für Reinke und Rapp zwei demokratisch legitimierte Sitze in der Flensburger Stadtverordnetenversammlung.

Dieses Recht aber wurde ihnen durch die zwischenzeitlich erlassene „Reichstagsbrand-Verordnung“ genommen.

Statt dessen wurde der gewählte Arbeiter Erwin Rapp am 15. März 1933 verhaftet und in zweimonatige Haft genommen.

In späteren Jahren folgen wiederholt Haftzeiten in Konzentrationslagern, die Rapp jedoch zu überleben vermag.

Anders der ebenfalls gewählte KP-Funktionär

Oskar Reinke.

Er wurde am 13. März 1933 festgenommen und zwei Jahre in Haft gehalten.

Mit Kriegsbeginn schloss sich Reinke dem Widerstand an, wurde 1942 enttarnt und verhaftet und 1944 in Hamburg hingerichtet.

Meine Damen und Herren,

Erwin Rapp und Oskar Reinke -

beider Namen wird künftig

auf der neuen Ehrentafel

am Eingang zum Flensburger Ratssaal gedacht.

Verehrte Gäste,

auch SPD und Gewerkschaften waren in Flensburg

schon im Februar 1933

Opfer der staatlichen Verfolgung geworden.²¹

Der frühere Flensburger SPD-Vorsitzende Max Funke

wurde festgenommen und zu drei Jahren Haft im

KZ Oranienburg verurteilt.

Beständige Überwachung, das Verbot der „Flensburger

Volkszeitung“, Hausdurchsuchungen, Bedrohungen und

Festnahmen unterbanden SPD-Gegendemonstrationen und

einen freien Wahlkampf.

Dennoch erlangte die Flensburger SPD bei den Kommunalwahlen am 12. März 1933 noch fast 7.000 Stimmen, büßte damit aber fünf ihrer vorher 14 Sitze ein.

Die neun verbliebenen Mandatsträger konnten, anders als die gewählten Kommunisten, zunächst an den Stadtverordneten-Sitzungen teilnehmen.

Die änderte sich jedoch rasch, nachdem die SPD am 23. März als einzige Partei im Reichstag gegen das „Ermächtigungsgesetz“ und damit gegen die NS-Diktatur gestimmt hatte.

Am 1. April 1933 erfolgte in Flensburg, parallel zu den ebenfalls hiesigen antijüdischen Boykott-Maßnahmen, eine erste Besetzung des Gewerkschaftshauses durch Polizei und SA.

Wenige Tage später wurde der SPD-Ortsvorsitzende Wilhelm Haberlandt wegen Vorbereitung „illegaler Demonstrationen“ verhaftet – und dem Flensburger Gewerkschaftsführer und Magistratsmitglied Wilhelm Kähler seine Stadtrat-Funktion aberkannt.

Die abermalige Besetzung des Gewerkschaftshauses am 1. Mai und dessen Eigentumsübertragung auf die „Deutsche Arbeitsfront“ markierte sodann die endgültige Zerschlagung der freien Gewerkschaften in Flensburg.

Am 22. Juni erging ein reichsweites Betätigungsverbot gegen die SPD und am 14. Juli folgte das endgültige Parteiverbot.

Damit büßten auch die neun, bis Ende Mai 1933 noch in der Flensburger Stadtverordnetenversammlung verbliebenen Sozialdemokraten ihr demokratisch legitimiertes Mandat ein.

Meine Damen und Herren,

ihre Namen hält künftig die neue Ehrentafel fest.

Unser ehrendes Gedenken gilt:

Dem Maurer Peter Beck

Dem Arbeiter Hans Franzen

Geschäftsführer Jens Freese,

dem Kesselschmied Johann Kiederle,²²

dem Schlosser Peter Kruppa,²³

der Kontoristin Lissi Neumann

Gewerkschaftsführer Georg Ruser,

Der Hausfrau Dora Saß

und dem Boten Asmus Thomsen.

Im Juni '33 waren damit lediglich noch 34 Flensburger Stadtverordnete verblieben, darunter auch das bürgerliche Wahlbündnis „Nationaler Flensburg-Block“, kurz NFB.

Im NFB waren die örtliche DNVP, DVP und DDP zusammengegangen, wobei jedoch die Deutsch-Nationalen den weitaus größten Anteil stellten.²⁴

Im vorausgegangen Kommunalwahlkampf hatte sich der NFB zusammen mit der NSDAP als „Die Nationale Front in Flensburg“ präsentiert.²⁵

Diese Annäherung zahlte sich jedoch nicht aus:

die so angesprochenen Wähler entschieden sich mehrheitlich für das radikale Original und wählten gleich die NSDAP.

So erlangte der bürgerliche „Flensburg-Block“ lediglich noch 6.500 Stimmen und damit nur 9 Stadtverordnetensitze – ein desaströser Einbruch nach zuvor 24 bürgerlichen Ratssitzen.²⁶

Aber auch die derart abgestrafte NFB-Fraktion konnte und wollte sich aus ihrer selbstgewählten geistigen Gefangenschaft zur NSDAP nicht mehr befreien.

Vielmehr suchte man nach der Kommunal-Wahl den umso engeren Schulterschluss mit der siegreichen nationalsozialistischen Fraktion.

Bereits auf der konstituierenden Kollegien-Sitzung am 31. März proklamierte sich der NFB öffentlich zum Bündnispartner und Mehrheitsbeschaffer der NSDAP.

In einer bemerkenswerten Anbiederungsrede²⁷ führte der NFB-Abgeordnete, Alterspräsident und spätere stv. Kollegiumsvorsteher Wilhelm Clausen dabei wörtlich aus (Zitat):

„Sie, meine Herren von der NSDAP, sind hier mit 21 Stadtverordneten in den Kreis eingetreten. Wir wissen, mit welchem ernstem Willen sie hierher kommen.

Sie haben zwar nicht die absolute Mehrheit hier in diesem Kreis, aber Sie werden die Führung haben

Und

**um die Mehrheit, meine Herren,
brauchen sie sich nicht zu sorgen.**

Dafür werden wir mitsorgen!“

Nach den daraufhin auftönenden „Bravo-Rufen“ aus der NS-Fraktion fuhr Clausen fort: (Zitat):

„Ich möchte den Wunsch aussprechen, dass der Geist, der durch die Lande gegangen ist und noch geht, der Geist der nationalen Revolution, ihr Geist, meine Herren von der NSDAP, einkehrt in unsere Amts- und Schreibstuben, ..., dass die höchsten Beamten bis zum letzten von diesem Geist erfüllt werden.“

Meine Damen und Herren, ein prophetisches Wort:

Wenige Wochen später waren

Oberbürgermeister von Hanseemann, Bürgermeister Loeber

Schulrat Sievers, Stadtrat Kähler und mit ihnen

bald weitere 30 demokratische Stadtbedienstete entlassen worden.²⁸

Angesichts derlei Denkungsart verwundert es nicht, dass Clausen seine Rede mit einem dreifachen “Sieg-Heil“ abschloss, wobei sich sämtliche Fraktionsmitglieder der NSDAP und des NFB von ihren Sitzen erhoben.²⁹

Schon in den nächsten Tagen entwickelt sich eine enge Kooperation zwischen beiden Ratsfraktionen.

Gemeinsame Kandidatenlisten für die Magistrats- und Gremienwahlen werden verabredet und durchgesetzt.

Auch verständigten sich NFB und NSDAP auf eine massive Reduzierung der Stadtverordnetenzahl, nämlich von 45 auf nur noch 30 Sitze.

Damit wurde für die Zukunft das Hinausdrängen der beiden Kommunisten und neun Sozialdemokraten kaschiert.

Zugleich ließ es politischen Spielraum für weitere Reduktionen des Stadtparlaments mit seinen ja auch noch vier dänischen Abgeordneten.³⁰

Von einer demokratischen Selbstbehauptung des NFB im Stadtparlament kann angesichts all´ dieser Umstände nicht gesprochen werden.

Konsequenterweise trat am 25. Mai 1933 der NFB-Abgeordnete Schweren zur NSDAP-Fraktion über.³¹

Als damit die Rolle als örtlicher NS-Mehrheitsbeschaffer eingebüßt war, erloschen im Juli ´33 die letzten Beharrenskräfte in der bürgerlichen Fraktion.

Reichsweit etablierte sich in jenem Sommer der NS-Einparteienstaat, die vormals mächtigen bürgerlichen Organisationen lösten sich auf oder vollzogen willig die Selbstgleichschaltung.

Gleiches galt für den NFB. Am 29. Juli 1933 erklärte die bürgerliche Fraktion im Flensburger Stadtparlament öffentlich ihre Auflösung.³²

Dies geschah nicht unter Protest,

dies geschah nicht unter öffentlichem Wehklagen.

Im Gegenteil.

Mit Kaufmann Petersen, Betriebsdirektor Schmidt,

**Konrektor Riemann, Baumeister Sörensen und Druckerei-
besitzer P. Schmidt traten gleich fünf der vormaligen NFB-
Abgeordneten der NSDAP-Fraktion bei.³³**

**Die übrigen drei - Gastwirt Thomas Matthiesen, Hausfrau
Anna Hansen und der oben zitierte, NS-nahe Lehrer Wil-
helm Clausen – verließen – in Konsequenz des gemeinsam
getragenen Auflösungsbeschlusses - das Stadtparlament.**

**Auch bezüglich dieser drei sind mir keine Hinweise auf
Protest oder Widerstand greifbar, - was für Clausen sogar
auszuschließen ist.**

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren,

ist meines Erachtens nach

eine Nennung von NFB-Abgeordneten

auf der neuen Ehrentafel

weder möglich noch angezeigt.

Anfang August 1933 waren damit nur noch die NSDAP- und die minderheitendänische SF-Fraktion im nurmehr 31-köpfigen Rat vertreten.³⁴

Dies aber war nach Beschlusslage immer noch ein Mandat zuviel – weshalb man nun den SF-Abgeordneten die Dauerschrauben anlegte.

Dazu ein erläuternder Hinweis:³⁵

Der Slesvigsk Forening leistete nach der Abstimmung von 1920 sowohl die kulturelle wie die politische Interessenvertretung der hiesigen Minderheitendänen.

Er ist also gemeinsamer Vorgänger sowohl des heutigen (politischen) SSW wie auch des heutigen (kulturellen) SSF.

Entsprechend groß war die Bedeutung der SF-Mandatsträger für die damalige Minderheit, zumal mit ihrem sehr starken Schwerpunkt in Flensburg.

Bei den Kommunalwahlen im März 1933 hatte der SF seinen etwa 10%tigen Wähleranteil in Flensburg mit fast 3.400 Stimmen gut behaupten können. Damit waren wiederum vier minderheitendänische Abgeordnete im Flensburger Stadtparlament vertreten.³⁶

Aber schon auf den ersten Kollegien-Sitzungen waren die SF-Vertreter von der erstarkten NSDAP-Fraktion unter Druck gesetzt worden:³⁷

Seit 1929 hatte die Minderheit ein unbesoldetes Magistratsmitglied stellen können. Nun, im Nachgang der 33er-Wahl legte der SF wiederum einen entsprechenden Vorschlag vor.

Jetzt aber erzwangen die Nationalsozialisten dessen Rücknahme, da anderenfalls, so die ultimative Drohung, der SF sämtliche Gremiensitze verlieren werde.

**Die SF-Fraktion geriet damit in eine Zwangslage:
einerseits verwahrte sie sich gegen die Amputation ihres
demokratischen Präsentationsrechtes,
andererseits musste man zwecks langfristiger Wahrung der
übergeordneten Minderheitenbelange politisch umsichtig
taktieren. Denn nur zu gut erinnerte man noch die kaiser-
zeitliche Repressionspolitik gegen das hiesige Dänentum.**

Nach diesem derart erzwungenen Verzicht auf einen SF-Magistratssitz, hintertrieb der nationalsozialistische Stadtverordnetenvorsteher Parteigenosse Paul Hass dennoch im Mai '33 die vorab versprochene Berücksichtigung der Minderheit in der Schulkommission.

Erst auf energisches Insistieren der SF-Fraktion löste Hass seine Zusage ein, verband dieses „Entgegenkommen“ jedoch mit dem kategorischen Hinweis, der SF solle künftig weitere Vorschläge unterlassen.

Damit nicht genug. Im Juli 1933 verständigten sich die Flensburger NS-Fraktion und der schon in innerer Auflösung befindliche NFB-Fraktion auf die Einsetzung eines nur noch fünfköpfigen „Geschäftsführenden Parlaments-Ausschusses“. Auf diesen wurden die zentralen Entscheidungsbefugnisse der Stadtverordnetenversammlung übertragen, so etwa sämtliche Haushalts- und Stellenplangenehmungen.³⁸

Dieser, ich nenne ihn „Ermächtigungsausschuss“, ward dann im August allein mit Mitgliedern der NSDAP-Fraktion besetzt, darunter einer der mittlerweile übergetretenen NFB-Abgeordneten.

Tapfer stemmte sich die dänische Fraktion gegen ihre Ausgrenzung und forderte Sitz und Stimme in dem nun entscheidenden Gremium. Die NSDAP blieb jedoch un-nachgiebig, und so stimmten die SF-Abgeordneten, als letztverbliebene Demokraten, am 15. August 1933 geschlossen und als einzige gegen den Fünfer-Ausschuss und damit gegen die faktische Entmachtung des Stadtparlaments.³⁹

**Diese Haltung, meine Damen und Herren,
ist umso bemerkenswerter,
als die NSDAP in jenen Augusttagen
das Fortbestehen der dänischen Fraktion
massiv in Frage stellte.⁴⁰**

Am 8., 11. und 14. August war es zwischen dem NS-Kollegienvorsteher Hass und der SF-Fraktionsspitze zu teilweise dramatischen Auseinandersetzungen gekommen. Hass unterstellte, der SF sei im März von zahlreichen Kommunisten gewählt worden, das Ergebnis sei staatsfeindlich verfälscht und zwei SF-Abgeordnete hätten daher das Stadtparlament zu verlassen.

Ein Vorwand natürlich –

aber auch eine gefährliche Situation:

Denn mit der Unterstellung einer kommunistischen Untertunwanderung stand die Existenz der gesamten Minderheitsorganisation im NS-Staat zur Disposition.

Nach intensivem Ringen mit Hass waren die SF-Vertreter schließlich genötigt, wenn auch nicht zwei, so doch einen der ihren zu opfern.

Es traf den auf Listenplatz 4 angetretenen Arbeiter August Petersen, der zum 15. August 1933 sein Mandat verlor.

Die Flensburger NS-Fraktion hatte damit ihr vorläufiges Ziel erreicht. Das einst 45köpfige Stadtparlament war auf 30 Mandate reduziert worden. 27 davon besetzte die NS-Fraktion, drei der SF.

Dies aber hatte nurmehr symbolische Bedeutung.

Denn der ebenfalls am 15. August etablierte,

oben erwähnte Ermächtigungsausschuß stieß

das Stadtparlament gänzlich in die politische Ohnmacht.

**Dieses Procedere, meine Damen und Herren,
ereignete sich damals so und ähnlich allerorten im Reich.**

**Nachdem die NS-Diktatur derart binnen weniger Monate
sämtliche Gegner ausgeschaltet oder marginalisiert hatte,
erfolgte mit dem Preußischen Gemeindeverfassungsgesetz
vom 15. Dezember 1933
konsequenterweise die Auflösung sämtlicher noch
bestehender Kommunalvertretungen.⁴¹**

An die Stelle demokratischer Wahlen

trat die obrigkeitliche Berufung gemäß Führerprinzip.

Die derart ernannten Personen fungierten nicht mehr als Entscheider, sondern lediglich noch als „Ratgeber“ – ohne jegliches Abstimmungsrecht.

Statt dessen bestimmten nun allein

der NS-Oberbürgermeister mit der NS-Kreisleitung

über die Geschicke der Stadt.

Diese Neuregelung trat am 1. Januar 1934 in Kraft.

Zur Mitternacht des 31.12.1933 büßten damit auch die letzten drei SF-Abgeordneten ihr demokratisches Mandat ein, für das dessen Wahrung und Unabhängigkeit sie zuvor stets so energisch gekämpft hatten.

Meine Damen und Herren,

die neue Ehrentafel erinnert daher künftig auch an:

Redakteur Lorenz P. Christensen

Kaufmann I.C. Möller

Schmiedegeselle Samuel Münchow

und den

- bereits im August '33 verdrängten –

Arbeiter August Petersen

Verehrte Gäste,

**die von mir, auf ihren Wunsch, nachgezeichnete
Ausgrenzung jener vor 75 Jahren ausgestoßenen
15 Abgeordneten unseres Stadtparlaments
verpflichtet uns zu steter Wachsamkeit.**

Aus ihrer und anderer leidvoller Erfahrung wissen wir:

Unser demokratisch verfasstes Gemeinwesen

ist ein hohes Gut – - - -

es ist aber auch sehr fragil.

Seien wir daher nicht nur wachsam,

sondern seien wir,

zumal im Umgang unter Demokraten,

auch angemessen behutsam.

Meine Damen und Herren, - - - -

ich danke für ihre geduldige Aufmerksamkeit.

¹ Vgl. Peter Heinacher: Der Aufstieg der NSADP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919-1933). Schriftenreihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Nr. 38 Bde 1+2, Flensburg 1986, spez. Bd.1, S. 357 ff. – Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus. Schriftenreihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Nr. 32, Flensburg 1983, S. 48 ff. – Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt. Schriftenreihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Nr. 17, Flensburg 1966, S. 434 ff. spez. S. 440 ff. – Carsten R. Mogensen: Dansk i hagekorsets skygge. Det tredie rige og den danske mindretal i Sydslesvig 1933-1939, Flensburg 1981.

² Gerhard Paul/ Broder Schwensen/ Peter Wulf: Verführt. Verfolgt. Verschleppt. Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft in Flensburg 1933 – 1945. Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte Bd.1, Flensburg 1996, passim. – Dieselben: Ausgebürgert. Ausgegrenzt. Ausgesondert. Opfer politischer und rassistischer Verfolgung in Flensburg 1933-1945. Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte Bd. 3, Flensburg 1998, passim. – Dieselben: Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg. Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 5, Flensburg 2000, passim. – Bettina Goldberg: Juden in Flensburg. Schriftenreihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Nr. 62, Flensburg 2006. – Broder Schwensen / Dieter Nickel: Flensburg im Luftkrieg 1939 – 1945. Schriftenreihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Nr. 68, Flensburg 2008, spez. S. 95 ff. - Dieter Pust: Flensburg am Kriegsende 1945. Kleine Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Nr. 26, Flensburg 1995, S. 74 ff. – Irene Dittrich / Ludwig Hecker: Auf den Spuren von Verfolgung und widerstand in Flensburg 1933 – 1945. Ein Stadtrundgang; Flensburg 1995.

³ Gerhard Paul: „...zwickerte man mit den Augen und schwieg“. Schweigekartell und Weißwäscher-syndikat, oder : Wie aus NS-Tätern und ihren Gehilfen Nachbarn und Kollegen wurden. In: Paul/ Schwensen/ Wulf: Lange Schatten, a.a.O., S. 311 ff.

⁴ Hans Mommsen: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang. 1918 bis 1933, Propyläen, Berlin 1989, S. 284 ff. - Zur Sache und zur historiographischen Kontroverse zwischen Konze/ Bracher über die Bedeutung des Scheiterns der Großen Koalition unter RK Müller siehe: http://wapedia.mobi/de/Kabinett_M%C3%BCller_II?t=8.

⁵ Hans Mommsen, a.a.o., S. 293.

⁶ Zur dsbzgl. Literatur siehe Endnote Nr. 2.

⁷ Vgl.: Flensburg in Geschichte und Gegenwart. Schriftenreihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Nr. 22, Flensburg 1972, S. 414.

⁸ Flensburg in Geschichte und Gegenwart, S. 432. – Prozentzahl In Verbindung mit: Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt, S. 437.

⁹ Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt, S. 434 ff.

¹⁰ Flensburg in Geschichte und Gegenwart. S. 432. - Prozentzahl In Verbindung mit: Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt, S. 437

¹¹ Flensburg in Geschichte und Gegenwart. S. 422.

¹² Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt, S. 438.

¹³ Flensburg in Geschichte und Gegenwart, S. 422

¹⁴ Matthias Scharl: Rote Fahnen über Flensburg. KPD, linksradikale Milieus und Widerstand im nördlichen Schleswig-Holstein 1919-1945. Schriftenreihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Bd. 55, Flensburg 1999, S. 136 f.

¹⁵ Hierzu und im Folgenden: Scharl, a.a.O., S. 138 ff. – Edith Gerstenberg: Flensburger Sozialdemokraten während der NS-Diktatur 1933-1945. In: 125 Jahre SPD in Flensburg. Kleine Schriftenreihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Nr. 24, Flensburg 1993, S. 202 ff. – Michael Joho: Die Geschichte der Metallarbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften in Flensburg, Flensburg 1992, S. 428 ff.

¹⁶ Stadtarchiv Flensburg II C 248 Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung 1918-1934, spez. „Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge“ (zum 12. März 1933)

¹⁷ Übersicht mit nachfolgenden Reduktionen in: Flensburg im Nationalsozialismus, S. 57

¹⁸ Vgl. Scharl, a.a.O., S. 138 ff.

¹⁹ Vgl. Stadtarchiv Flensburg II C 248 Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung 1918-1934, spez. „Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge“ (zum 12. März 1933), Liste 3.

²⁰ Schreibweise „Reinke“ gemäß offizieller Wahlvorschlagsliste (siehe Endnote 19). – Schreibweise bei Scharl, a.a.O., S. 104 ff., stets „Reincke“.

²¹ Dazu Gerstenberg, a.a.O, S. 202 ff. – Joho, a.a.O., S. 428 ff.

²² Nachgerückt für den am 04.04.1933 zum unbesoldeten Stadtrat gewählten Wilhelm Kähler. Vgl. Gerstenberg, a.a.O., S. 209. – Stadtarchiv Flensburg II C 248.

²³ Nachgerückt für den bereits am 08. April 1933 ausgeschiedenen Jens Hansen. Vgl. Gerstenberg, a.a.O., S. 209. – Stadtarchiv Flensburg II C 248

²⁴ Flensburg in Geschichte und Gegenwart. S. 422

²⁵ FN, 25.02.1933

²⁶ Zu den Zahlen vgl. Flensburg im Nationalsozialismus, S. 57

²⁷ FN, 01.04.1933. – Vgl. auch Pust, a.a.O., S. 13

²⁸ Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt, S. 441. – FN, 31.05.1933. – Die Namen sind infolge der unzulänglichen Quellenlage, insbesondere bzgl. der städt. Beschäftigten, nur in Einzelfällen überliefert.

²⁹ FN, 01.04.1933

³⁰ Dazu: Stadtarchiv Flensburg II C 248. – Stadtarchiv Flensburg II A 1 Bd. 9, Sitzungsprotokolle, S. 310ff. - Flensburg im Nationalsozialismus, S. 53 ff. – Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1926 – 1936, Flensburg 1937, S. 8ff, dort auch (S. 16) einziger Hinweis auf ein Ausscheiden von Hans Rietschel (NSDAP), der zuletzt am 31.05.1933 als Sitzungsteilnehmer im Protokoll (II A 1 Bd. 9, S. 320) festgehalten wird. Vorgang bleibt quellenmäßig unklar. – Mogensen, a.a.O., S. 80ff.

³¹ FN, 26.05.1933

³² FN, 29.07.1933. – Fl.Avis, 30.07.1933

³³ FN, 29.07.1933. – FN, 09.08.1933

³⁴ Zur unklaren Personalie Hans Rietschel (NSDAP) siehe Endnote 30.

³⁵ Zur frühen Minderheitenorganisation siehe: Flensburg Bys Historie. Bind 2: Tiden efter 1730, København 1955, S. 355ff. – Johan Peter Noack: Det danske mindretal i Sydslesvig 1920 – 1945, Institut for Grænseregionsforskning, Aabenraa 1989, hier Bd. 1, S. 74 ff.

³⁶ Mogensen, a.a.O., S. 80ff.

³⁷ Dazu zum folgenden: Mogensen, a.a.O., S. 80ff. – Arkiv DCB: F 5. Den slesvigske Forening. Den danske Byrådsgruppe i Flensburg. 1924-33. Den danske byrådsgruppes mødeprotokol, spec. 1933

³⁸ Stadtarchiv Flensburg, II A 1 Bd. 9, S. 328ff.

³⁹ Mogensen, a.a.O., S. 90

⁴⁰ Dazu und zum Folgenden: Mogensen, S. 88ff. – Arkiv DCB: F 5. Den slesvigske Forening. Den danske Byrådsgruppe i Flensburg. 1924-33. Den danske byrådsgruppes mødeprotokol, spec. 1933.

⁴¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Preu%C3%9Fisches_Gemeindeverfassungsgesetz

This document was created with Win2PDF available at <http://www.daneprairie.com>.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.